Rudersberger Bürger

1.	Prüfen, ob mehr Vergabe von Arbeiten im Bauhof an Firmen Entlastung bietet und wirtschaftlich sinnvoll ist (im Speziellen auch Adventswald)	Gemeinsam mit dem Bauhofleiter wird geprüft, ob und wo Fremdvergaben in Betracht kommen können.	Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.
2.	Frühere Vergabe der Unterhaltungsarbeiten für Straßen und Feldwege	Zustimmung.	Zustimmung.
3.	Klimaschutz:		
3.1.	Photovoltaikpflicht für Neubauten	Seit der letzten Änderung des Baugesetzbuches besteht die Möglichkeit, entsprechende Festsetzungen im Bebauungsplan mit aufzunehmen (§ 9 Abs. 1 Nr. 12 BauGB). Da in jedem Baugebiet andere Voraussetzungen (wie z.B. Ausrichtung der Gebäude, Zulässigkeit begrünter Flachdächer, Mehrfamilienhausbebauung) vorliegen, sollte die Festsetzungsmöglichkeit in jedem Einzelfall geprüft und darüber entschieden werden.	Die Gemeinde Rudersberg befürwortet den Ausbau von PV-Anlagen. Die Verwaltung prüft im Vorfeld der Aufstellung von B'Plänen regelmäßig, ob PV-Pflicht möglich und sinnvoll ist. Gemeinderat entscheidet i.Zshg.m. Beschluss über B'Plan. Zustimmung: 20 ja, 2 nein, 3 Enthaltungen.
3.2.	Zuschuss der Gemeinde zu Photovoltaikanlage ähnlich der Kinderförderung früher (20.000 €)	Der Klimamanager wird beauftragt, den Entwurf einer Förderrichtlinie zu erstellen; Beratung in einer der folgenden Sitzungen.	Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.
3.3.	Job-Rad Angebot für Verwaltung umsetzen (5.000 €)	Die Verwaltung hat bereits einen Entwurf erarbeitet; das Projekt wird in Kürze umgesetzt.	Zustimmung.
3.4.	Energieberatung intensivieren	Im Rahmen der Tätigkeit des Klimamanagers wird verstärkt auf die Angebote der Energieagentur des Rems-Murr-Kreises hingewiesen.	Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.
3.5.	Energienutzungsplan für Gemeindegebäude erstellen (10.000 €)	siehe auch Antrag der Freien Wähler und der CDU: HH 2020 hält Mittel für einen "Energiebericht" in Höhe von 3.000 EUR bereit (56100000 42910000). Im Rahmen der Tätigkeit des Klimamanagers soll eruiert werden, wie dieser Plan bzw. Bericht aussehen soll; ggf. Entscheidung im Ausschuss.	Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.
3.6.	Klimarelevanz aller kommunalen Entscheidungen automatisch darstellen	Eine umfassende, "automatische" Darstellung der Klimarelevanz aller kommunaler Entscheidungen ist aus Sicht der Verwaltung personell nicht darstellbar. Mit fortschreitender Tätigkeit des Klimamanagers kann die Darstellung der Klimarelevanz ausgewählter politischer Entscheidungen sicher Zug um Zug etabliert werden.	Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.
3.7.	Bei Beschaffung von Verbrauchsmaterialien der Gemeinde Klimaaspekte beachten	Zustimmung. Beschaffungsrichtlinie in Arbeit.	Zustimmung.
4.	Bei Baugebieten grundsätzlich Mehrfamilienhäuser zulassen oder teilweise zulassen	Entscheidung jeweils im Einzelfall mit Beschlussfassung über Bebauungspläne.	Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.
5.	Schaffung und Erhalt von Pflegeplätze in Rudersberg forcieren	Zustimmung.	Zustimmung.

Rudersberger Bürger

6.	Schottergärten in Neubaugebieten nicht mehr erlauben	<p>Die textlichen Festsetzungen der aktuellen Bebauungspläne wurden bereits wie folgt angepasst:</p> <p>"Nicht überbaute Grundstücksflächen, die nicht als Zufahrten, Stellflächen, Fahrgassen, Feuerwehraufstellflächen und Wege benötigt werden, sind zu begrünen, gärtnerisch anzulegen, zu gestalten, zu pflegen und dauerhaft zu erhalten."</p> <p>Hiernach sind zumindest großflächige Schottergärten nicht mehr zulässig.</p>	Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung. Sensibilisierung über Büttel. Merkblatt/Flyer werden Bauherren an die Hand gegeben.
7.	Biotopvernetzung auf Gemarkung planen und umsetzen (3.000 €)	<p>Im Rahmen der Tätigkeit des Klimamanagers soll nach Lösungen gesucht werden unter Beteiligung weiterer Akteure (z.B. Landschaftserhaltungsverband); für Anregungen/Ideen ist die Verwaltung dankbar und offen. Vorschlag Klimamanager: Bestandsaufnahme machen mit externer Unterstützung (z.B. LRA, LEV...)</p>	Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.
8.	Bewerben von Unterstützung von Gebäudebrütern bei Bauherren	<p>Vom Landkreis Tübingen wurde im Jahr 2014 das Projekt Artenschutz am Haus gestartet. Das Projekt wird durch die Stiftung Naturschutzfond BW gefördert. Hier wurden diverse Merkblätter für gebäudebrütende Arten (wie Fledermäuse, Schwalben, Nischenbrüter) entwickelt.</p> <p>Den Bauherren werden bei Aushändigung der Baugenehmigung je nach Standort des geplanten Gebäudes die passenden Merkblätter mit ausgehändigt.</p>	Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.

Rudersberger Bürger

9.	Verpachtung Gemeindeflächen: Nachhaltige und insektenfreundliche Wirtschaftsweise der Pächter bevorzugen	<p>Beim Neuabschluss von Pachtverträgen wird seit geraumer Zeit bereits folgender Passus vereinbart: "Der Pächter sichert zu, auf dem Pachtgegenstand weder Glyphosat noch glyphosathaltige Pestizide oder ähnliche Breitbandherbizide einzusetzen. Als Pflanzenschutzmittel dürfen nur Einzelwirkstoffe oder Präparate eingesetzt werden, die unabhängig als unbedenklich bewertet wurden. Auf die Broschüre des Landes Baden-Württemberg „Integrierter Pflanzenschutz 2018, Ackerbau und Grünland“ (bzw. eine Nachfolgebroschüre) mit den entsprechenden Empfehlungen wird verwiesen. Sofern nachweislich gegen diese Vereinbarung verstoßen werden sollte, ist die Gemeinde Rudersberg als Verpächter berechtigt, das Pachtverhältnis ohne Einhaltung einer Frist zu kündigen. Die Pacht für das laufende Jahr ist in diesem Fall vom Pächter trotzdem in voller Höhe zu entrichten."</p> <p>Gibt es bei der Neuverpachtung von Flurstücken in Zukunft mehrere Bewerber, können Verwaltung und Ortschaftsräte bei der Neuverpachtung solcher Grundstücke künftig eine nachhaltige und insektenfreundliche Wirtschaftsweise der Pächter bei der Vergabe bevorzugen.</p>	Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.
10.	Mobilfunk: Kein 5G Ausbau in Rudersberg auf aktueller Grundlage	Über den Antrag wird bei Eingang einer entsprechenden Anfrage zur Installation einer solchen Infrastruktur auf Gemeindefläche beraten.	Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung; Information für die Bürger; bei etwaigem Eingang von Anträgen eines Anbieters - wenn möglich - Hintergrund-Infos (z.B. beabsichtigte Struktur, Abdeckung o.ä.) abverlangen. Generelle Ablehnung von 5G aktuell nicht.
11.	Planungsbüro von Ortsdurchfahrt für schadhafte Beleuchtung Bachlauf und Pflaster haftbar machen	<p>Ein Planungsbüro, welches eine Entwurfsplanung erstellt hat, kann grundsätzlich nicht für eine mangelhafte Ausführung haftbar gemacht werden. Es handelt sich lediglich um eine Gestaltungsplanung.</p> <p>Bei Vorliegen der Gewährleistungsvoraussetzungen könnten vielmehr die herstellenden bzw. ausführenden Firmen haftbar gemacht werden.</p>	Kenntnisnahme.

Rudersberger Bürger

12.	Förderung von Radverkehr – Verdoppelung der Mittel (25.000 €)	HH 2020 hält Mittel mit 25.000 EUR für Markierungsarbeiten (Querung von Straßen) u.a. bereit (754107006601 78730000). Sollte sich projektbezogen weiterer Bedarf ergeben, ist Aufstockung des Ansatzes durch Beschluss im Ausschuss aus Sicht der Verwaltung möglich.	"Arbeitskreis Radverkehr" wird aktiviert. Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.
13.	Übernahme Schülerversicherung ("Gruppenversicherung") durch Gemeinde (2.000 €)	Beratung und Entscheidung über den Antrag.	mehrheitlich Zustimmung zum Antrag = Übernahme der Versicherung durch Gemeinde.

Freie Wähler

1.	Grund- und Gewerbesteuern sollen auf gleichem Niveau belassen werden	Die Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer sind im HH 2020 gegenüber den Vorjahren nicht angehoben worden.	Zustimmung.
2.	Ansatz Gewerbesteuer für die Mittelfristige Planung mutig, Korrektur je nach Zwischenbilanz 2020	Die Verwaltung wird den Gemeinderat unterjährig bzgl. der Entwicklung der Finanzen 2020 auf dem Laufenden halten (insb. Finanzzwischenbericht). Was die Jahre 2021 ff. anbelangt, wird mit dem Haushalt 2021 neu über die Höhe der Ansätze entschieden.	Zustimmung.
3.	Aktueller Stand bei der Ausweisung von Gewerbeflächen lt. FNP oder fertigen Bauplätzen in einer der nächsten Sitzungen	Im Rahmen der Klausurtagung am 12.10.2019 wurden im Baulandbericht neben den Wohnbauflächen auch die derzeit vorhandenen Gewerbebauflächen sowie die im FNP noch enthaltenen möglichen Gewerbebauflächen dargestellt. In einer der kommenden Sitzungen wird über die Ausweisung eines weiteren Gewerbegebietes innerhalb des aktuellen Flächennutzungsplans beraten.	Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.
4.	Weiterentwicklung des Parkraumkonzepts (Ortmitte Rudersberg) im Laufe des Jahres 2020	Im Vorfeld einer BVU-Sitzung wird im Sommer eine Begehung angeboten.	Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.
5.	Tagesordnungspunkt Stellplatzschlüssel - Stand, Möglichkeiten, Ausblick (im 1. Halbjahr 2020)	Die Verwaltung wird darstellen, welche Möglichkeiten über die Stellplatzsatzung sowie über Regelungen in Bebauungsplänen gegeben sind. Anschl. Entscheidung im Gemeinderat.	Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.
6.1.	Problemstellung Parken auf Haupt- und Nebenstraßen, Möglichkeit von Parkverboten?	Beratung über den Antrag	Einzelfall-Entscheidungen. Einzelfälle auch in Verkehrsschau vorbringen.
6.2.	Problemstellung Parken bei Herstellung von Gemeindestraßen - Straßenbreite anpassen	Mit der Beschlussfassung über Bebauungspläne oder zur Herstellung von Straßen im Bestand entscheidet der Gemeinderat im Einzelfall über die erforderliche Straßenbreite, auch unter Berücksichtigung unterschiedlicher örtlicher Gegebenheiten.	Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.
7.	Fortführung des Ehrenamtsfestes	Das Ehrenamtsfest findet nach aktueller Beschlusslage in 2jährigem Rhythmus statt (2021, 2023...).	Zustimmung.
8.	Breitbandausbau - Übersichtskarte Ortsteile und Anbindung (egal ob Telekom oder sonst. Anbieter)	Eine allgemeine Übersichtskarte liegt nicht vor. Die Ortsteile Schlechtbach ("Siedlung"), Lindental, Necklinsberg, Krehwinkel und Klaffenbach wurden von der Gemeinde ausgebaut. Als Netzbetreiber ist hier die NetCom BW tätig. Die Teilorte Rudersberg, Zumhof, Schlechtbach ("Hauptort"), Michelau, Steinenberg, Asperglen, Oberndorf und Mannenberg wurden von der Telekom ausgebaut. In diesen Gebieten ist man jedoch nicht an die Telekom als Netzbetreiber gebunden, sondern kann auch auf andere Anbieter zurückgreifen.	Kenntnisnahme.
9.	Aufstellung Prioritätenliste über Gemeindestraßen, Feld- und Forstwege in den nächsten zwei Jahren	Die Verwaltung bereitet eine Prioritätenliste auf (auch auf Basis von "Vialytics-Daten").	Zustimmung.

Freie Wähler

10.	Bauhof, evtl. aktuelle Aufstellung über Fahrzeuge und Gerätschaften - Beschaffungsplan Mittelfristig	Eine Aufstellung wird gemeinsam mit der Bauhofleitung erstellt bzw. aktualisiert.	Zustimmung.
11.	Tagesordnungspunkt Stand Hochwasserdamm Oberndorf (u.a. Auswirkung auf HQ 100 Flächen)	kurzer Sachstandsbericht in der Sitzung am 18.01.2020 folgt.	Kenntnisnahme.
12.	Tagesordnungspunkt Kommunalinterne Gebäude und Energiebedarf (ähnlich wie früher von der EnBW)	siehe auch Antrag der Rudersberger Bürger und der CDU: HH 2020 hält Mittel für einen "Energiebericht" in Höhe von 3.000 EUR bereit (56100000 42910000). Im Rahmen der Tätigkeit des Klimamanagers soll eruiert werden, wie dieser Plan bzw. Bericht aussehen soll; ggf. Entscheidung im Ausschuss.	Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.
13.	Kurzer Vortrag zum aktuellen Stand bei der Grundsteuer	Sobald die gesetzlichen Grundlagen in Baden-Württemberg feststehen, folgt Information des Gemeinderats.	Kenntnisnahme.
14.	Sperrvermerk beim Kreisverkehr in Michelau, einschl. Mittelfristige Planung	Entscheidung über den Antrag.	Planung für die Gemeinde notwendig; Sperrvermerk mehrheitlich nicht befürwortet.
15.	Streichen der Planungsmittel für "Umbau Bunker (ehemaliges Hilfskrankenhaus am Schulzentrum) zu Ausstellungsraum"	Entscheidung über den Antrag; ggf. Sperrvermerk als Option.	Sperrvermerk; Entscheidung über etwaige Aufhebung nach Vorlage eines Konzepts.
16.	Vorantreiben Machbarkeitsstudie Feuerwehrgerätehaus	Zustimmung.	Zustimmung.

CDU-Fraktion

1.	Prüfung, inwieweit eine gemeinsame Infrastruktur für Feuerwehr, DRK und Polizei unter einem Dach geschaffen werden kann.	wird im Rahmen der Machbarkeitsstudie geprüft.	Zustimmung.
2.	Anregung, im Zusammenhang mit der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans künftig weniger Projekte, dafür aber größere Baugebiete auszuweisen.	Im Vorfeld der Flächennutzungsplanung 2025 ff wird in 2021/2022 eine Klausurtagung zu diesem und ggf. weiteren Themen durchgeführt	Zustimmung zur Klausurtagung zum Thema FNP 2025 ff.
3.	Vorstellung von Projekten durch die neu geschaffene Stelle des Klimamanagers im Laufe des Jahres.	Zustimmung.	Zustimmung.
4.	Optimierung der Wirtschaftlichkeit der gemeindeeigenen gebäude durch Energieeinsparungen	siehe - dem Grunde nach - auch Antrag der Rudersberger Bürger und der Freien Wähler: Im Rahmen der Tätigkeit des Klimamanagers soll eruiert werden, wo besonders großes Einsparpotential gegeben ist.	Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.
5.	Ausweisung weiterer Gewerbeflächen	In einer der kommenden Sitzungen wird über die Ausweisung eines weiteren Gewerbegebietes innerhalb des aktuellen Flächennutzungsplans beraten.	Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.

SPD-Fraktion

1.	Anregung: Bike-Park oder Hochseilgarten	kurzer Bericht zum Thema "Bike-Park" (Initiativen in Lindental und Oberndorf) folgt in der Sitzung am 18.01.2020.	Kenntnisnahme.
2.	Wunsch nach einer öffentlichen Toilette (z.B. Ortsmitte Rudersberg oder auch Steinenberg)	Eine öffentliche Toilette ist nicht nur mit einmaligen hohen Investitionskosten verbunden, sondern zieht auch einen stetigen Unterhaltungsaufwand (Reinigung, Reparaturen etc.) nach sich. Aus haushaltstechnischer Sicht ist eine öffentliche Toilette daher nicht darstellbar.	Öffentliche Toilette(n) nicht darstellbar (Kosten - Nutzen).
3.	Sporthallen-Situation in Rudersberg?	Der Bau einer weiteren Sporthalle ist angesichts der Haushaltssituation und anstehender Pflichtaufgaben aktuell nicht umsetzbar. Im Rahmen des Sportbeirats können die Grundlagen für Gespräche unter den Vereinen gelegt werden, mit dem Ziel die vorhandenen Kapazitäten besser zu nutzen.	Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.
4.	Tartanbahn am Sportgelände Rudersberg?	Vorberatung im Sportbeirat am 23.01.2020. Aufgrund des Zustands der Bahn (incl. Entwässerung) sollte in 2020 eine Grundsatzentscheidung im Gemeinderat herbeigeführt werden.	Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.
5.	Anträge zum Thema Klimaschutz und Klimawandel - Untersuchung des Handlungsbedarfs zur Klimafolgenanpassung und - in Folge eine Aufstellung eines Konzepts zur Klimafolgenanpassung und - Aufstellung von Hitze-Aktionsplänen für alle Ortsteile.	Die Verwaltung wird beauftragt, nach Anbietern/Experten für die Erstellung eines solchen Gutachtens (bzw. von Hitze-Aktionsplänen) zu suchen. Von diesen kann ein Angebot angefordert werden. Über die Vergabe entscheidet der Gemeinderat / Ausschuss.	Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.
6.	Antrag: Bedarfsplanung für ältere Mitbürger mit Handlungsempfehlungen zur Sorgestruktur der Gemeinde unter Berücksichtigung des Demografischen Wandels	Die Verwaltung wird beauftragt ein entsprechendes Angebot einzuholen. Über die Vergabe entscheidet der Gemeinderat / Ausschuss.	Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.